



Albert Scherr

Solidarität: eine veraltete Formel oder ein immer noch aktuelles Grundprinzip emanzipatorischer Praxis?¹

Die moderne Gesellschaft mit ihrer kapitalistisch dominierten Ökonomie adressiert die Einzelnen, also uns alle, vor allem als egoistische Akteure/innen, die aufgefordert sind, sich in den Strukturen des Konkurrenzindividualismus zu behaupten. Diese basale sozialwissenschaftliche Einsicht ist seit Karl Marx, Emile Durkheim und Max Weber immer wieder reformuliert worden, so etwa als Kritik der Verkehrs- und Subjektivitätsformen, welche die bürgerliche Gesellschaft ihren Mitgliedern auferlegt (s. etwa zur Lippe 1975: 219ff; Scherr 1984) oder neuerdings im Konzept des unternehmerischen Selbst (Bröckling 2007). Und es ist unschwer festzustellen: Es sind nicht allein die Strukturen der Ökonomie, die an die egoistische Verfolgung eigener Interessen appellieren, gleiches, oder zumindest ähnliches, lässt sich etwa auch für Schulen, das Wissenschaftssystem, den Leistungssport oder für Beziehungsmärkte feststellen.² (Neo-)Marxist/innen tendieren dazu, hier die Folgen einer fortschreitenden Ökonomisierung oder Durchkapitalisierung der Gesellschaft zu sehen, Differenzierungstheoretiker/innen neigen dagegen zu der Einschätzung, dass es je eigene Strukturen der gesellschaftlichen Teilbereiche sind, die jeweilige Ausprägungen des Konkurrenzindividualismus hervorbringen. Und in einer feministischen Perspektive kann man hierin auch die Auswirkungen eines männlichen Autonomiestrebens sehen, das auf dem Vergessen des Angewiesenseins auf soziale Beziehungen und Fürsorge beruht.³ Unabhängig von solchen

- 1 Beim vorliegenden Text handelt es sich um die überarbeitete Fassung eines Essays, das zuerst in Billmann/Held (2013) erschienen ist. Ich danke der Redaktion der „Widersprüche“ für die Aufforderung, den Text für dieses Heft zu überarbeiten.
- 2 Zum zentralen Bedeutung des Interessenbegriffs für das Selbstverständnis bürgerlicher Gesellschaften ist die Studie von Neuendorff (1973) nach wie vor lesenswert.
- 3 Die wichtige Studie von Sayer (2011) entwickelt Kernprinzipien einer kritischen Sozialwissenschaft, die davon ausgeht, dass Autonomieeinschränkungen und ein Mangel an Fürsorge zwei gleichermaßen bedeutsame Ursachen menschlichen Leidens sind.

Theoriekonkurrenzen lässt sich feststellen: Das Unbehagen am Konkurrenzindividualismus hat immer wieder zu Formen der Kritik und zu emanzipatorischen Gegenbewegungen geführt, für die der Begriff der Solidarität traditionell von zentraler Bedeutung war.⁴ Gegenwärtig aber scheint dieser Begriff kaum mehr dazu geeignet zu sein, unterschiedliche Motive der Kritik zu bündeln und ihnen eine attraktive Ausdrucksform zu verleihen. Kann die Idee der Solidarität gleichwohl fortgeschrieben und als zeitgemäßes Programm beansprucht werden? Kann die Idee der Solidarität so gefasst werden, dass sie nicht nur Traditionen beschwört, sondern als eine zeitgemäße und emanzipatorische Form der Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Verhältnissen begriffen werden kann? Diese Fragen sollen hier etwas näher betrachtet werden.

Solidarität: ein Rückblick

Zunächst kann festgestellt werden: Appelle an Solidarität fanden und finden sich in sehr unterschiedlichen Kontexten: Nicht nur im Kontext der Arbeiter/innenbewegung und der Gewerkschaftsbewegung wurde und wird zu Solidarität aufgerufen, sondern u. a. auch zur Solidarität mit „Soldaten im Einsatz und ihre Familien in der Heimat“ (<http://solidaritaet-mit-soldaten.de/>) oder gar zur „nationalen Solidarität“ in der Propaganda des Rechtsextremismus (<http://npd-goettingen.de/Weltanschauung/Wertbegriffe.html>). Solidarität meint aber durchaus mehr und anderes als Kumpanei, als gruppenegoistische Interessenformierung sowie aus- und abgrenzende ideologische Vergemeinschaftung: Für den politischen Begriff der Solidarität war und ist ein universalistisches Motiv von zentraler Bedeutung, die Idee einer Gemeinsamkeit der Interessen aller, die von Ausbeutung, Ausgrenzung und Unterdrückung betroffen sind. So betrachtet soll solidarisches Handeln dazu beitragen, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“, so die klassische Formulierung bei Marx. Entsprechend ist in der Tradition der Arbeiterbewegung von internationaler Solidarität die Rede, oder in antirassistischen Zusammenhängen von anti-nationaler Solidarität mit Flüchtlingen.⁵

⁴ Grob vereinfachend könnte der Gemeinschaftsbegriff als konservative Entsprechung dazu verstanden werden.

⁵ Die verweist auf eine Tradition, in der die politische Kraft und die emanzipatorische Qualität von Solidarität beschworen wurde, so klassisch im „Solidaritätslied“: „Vorwärts, und nie vergessen/Worin unsre Stärke besteht!/Beim Hungern und beim Essen/Vorwärts, nicht vergessen/Die Solidarität! (...) Proletarier aller Länder/Einigt euch,

Der Rückblick auf die Realgeschichte der Idee der Solidarität, auf das Scheitern der Versuche eine wirkungsmächtige inter- bzw. transnationale Arbeiterbewegung zu organisieren, auf den menschenverachtenden Missbrauch der Idee der Klassensolidarität im Stalinismus und Maoismus sowie der gegenwartsbezogene Blick auf gesellschaftliche Fragmentierungen lassen jedoch kein naives Fortschreiben des Solidaritätsgedankens zu. Aus der historischen Erfahrung ist vielmehr zu lernen: Gegenüber Ideen, die Opfer verlangen, ist aus guten Gründen Skepsis naheliegend⁶, und gegenüber Anrufungen eines Kollektivs, zu dem man sich zugehörig fühlen und mit dem man sich solidarisieren soll, ist durchaus Misstrauen angebracht. Denn immer dann, wenn kollektive Identitäten und kollektive Interessen Vorrang gegenüber dem Eigensinn und der Vernunft der Einzelnen haben sollen, besteht die Gefahr einer repressiven Ein- und Unterordnung sowie einer ideologischen Instrumentalisierung des je eigenen Lebens. Damit stellt sich die Frage: Kann bzw. wie kann der Solidaritätsbegriff so gefasst werden, dass er nicht als Legitimationsformel für Anpassungszumutungen, Ein- und Unterordnungsforderungen verstanden und gebraucht werden kann?

Solidarität als emanzipatorischer politischer Begriff⁷

Dazu ist es m. E. hilfreich, fünf Aspekte des Solidaritätsbegriffs zu unterscheiden: Wenn in politischen Kontexten von Solidarität die Rede ist, dann wird damit *erstens* dazu aufgefordert, sich für gemeinsame Interessen durch Formen des kollektiven Handelns einzusetzen. Solidarisches Handeln wird damit von egoistischen Handlungsstrategien abgegrenzt. Reduziert man Solidarität auf dieses erste Moment, dann wäre Solidarität nur schwer von Formen des Gruppenegoismus, der Kumpanei und der Kameradschaft sowie von Formen einer ausgrenzenden und nach innen repressiven Vergemeinschaftung zu unterscheiden, deren politisch wirkungsmächtigste Gestalt der Nationalismus war und ist. Die historisch Wahnidee, dass es ehrenvoll und anstrebenswert sei, fürs Vaterland

und ihr seid frei./Eure großen Regimente/Brechen jede Tyrannei!“ (Bertolt Brecht, Ernst Busch). Die Zeiten, in denen solche Lieder noch mit innerer Überzeugung und Emphase gesungen werden konnten, sind jedoch ersichtlich vorbei.

⁶ Literarisch bringt dies George Brassens in seinem Chanson ‘Mourir pour des idées’ auf den Punkt. (<http://www.projetbrassens.eclipse.co.uk/pages/transmourir.html>)

⁷ Bei Émile Durkheim (1930/1977) erfolgt eine andere Verwendung des Begriffs; er thematisiert als Solidarität das, was in der modernen Gesellschaft als soziale Integration bezeichnet wird. Es wäre also durchaus missverständlich, sich direkt auf Durkheim bei der Analyse des politischen Konzepts Solidarität zu beziehen.

zu sterben, die auch gegenwärtig wiederkehrend folgenreichen Konstrukte einer gegen Fremde zu schützenden nationalen Gemeinschaft, zeigen auf, welche mächtige und gefährliche Macht von solchen Imaginationen einer ausgrenzenden Vergemeinschaftung ausgeht. Folglich sind weitere Bestimmungen erforderlich, um Solidarität als emanzipatorischen politischen Begriff beanspruchen zu können. Dazu ist *zweitens* ein Verständnis von Solidarität als Zusammenschluss derjenigen hilfreich, die Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnissen unterliegen. Damit gehen in den Solidaritätsbegriff Annahmen über eine gerechte oder ungerechte Gestaltung der sozialen Verhältnisse sowie über Interessenkonflikte zwischen relativ Mächtigen und Ohnmächtigen, relativ Privilegierten und Benachteiligten ein. Solidarität wird entsprechend in der Tradition sozialer Bewegungen (so der Arbeiterbewegung, der antirassistischen Bürgerrechtsbewegung) als ein politisches Mittel derjenigen verstanden, die als Einzelne machtlos sind und nur durch den solidarischen Zusammenschluss möglichst Vieler Einfluss ausüben können. *Drittens* ist für den Solidaritätsbegriff – jedenfalls in der Tradition der Arbeiterbewegung und eines humanistischen Marxismus – eine universalistische Perspektive kennzeichnend: Es geht dann um mehr als die Verfolgung gruppenegoistischer Interessen, sondern um ein Verständnis jeweiliger Interessen, das mit Vorstellungen einer gerechten Gestaltung der sozialen Verhältnisse für Alle verknüpft ist. Dieser universalistische Anspruch, der Solidarität von Anrufungen ausgrenzender Gemeinschaften unterscheidet, ist für Solidarität als normatives Konzept entscheidend und kennzeichnet das utopische Moment, das in den Solidaritätsbegriff eingeht.

Dieses utopische Moment ist jedoch hoch voraussetzungsvoll: Voraussetzung sind Annahmen über eine Gesellschaftsgestaltung, die den legitimen Interessen Aller gerecht wird, d.h. solchen Interessen, die sich sozialtheoretisch als verallgemeinerbare Interessen begründen und von partikularen Interessen unterscheiden lassen, die aus privilegierten Positionen in der gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur resultieren. Damit stehen Solidaritätskonzepte theoretisch vor dem klassischen Rousseau-Problem, wie das allgemeine Interesse (der *volonté générale*) theoretisch bestimmt werden kann sowie politisch-praktisch das Problem, dass der Anspruch, Repräsentant des allgemeinen Willens zu sein, als Selbstermächtigung wirksam werden kann, die Praktiken der Unterdrückung rechtfertigt. Zwischen der realsozialistischen Theorie, welche Staat und Partei als Repräsentanz des allgemeinen Interesses darstellt und der repressiven Praxis der realsozialistischen Regime besteht dementsprechend ein innerer Zusammenhang.

Demgegenüber ist es für ein emanzipatorisches Verständnis von Solidarität *viertens* unverzichtbar zu betonen, dass Solidarität auf Freiwilligkeit, nicht auf Zwang

basieren soll⁸. Solidarität ist so betrachtet selbstbestimmte Teilhabe, die ebenso wenig erzwungen werden kann, wie man andere gegen ihren Willen emanzipieren kann. *Fünftens* ist es von entscheidender Bedeutung, die postmoderne Kritik universalistischer Rechtfertigungen von Macht und Herrschaft in den Solidaritätsbegriff aufnehmen. Denn diese haben sich historisch als Legitimationsideologien für Unterdrückung im Namen des Allgemeinen erweisen. Dies führt zu einer postmodernen Kritik, die aus den Erfahrungen mit Stalinismus und Maoismus die folgende Konsequenz zieht: „Der Konsens ist ein veralteter und suspekter Wert geworden, nicht aber die Gerechtigkeit. Man muß zu einer Idee und Praxis der Gerechtigkeit gelangen, die nicht an jene des Konsens gebunden ist.“ (Lyotard 2012: 153).⁹ Das heißt: Solidarität kann nicht länger auf einen abschließenden oder zumindest abschließbaren Konsens über die richtige Gesellschaftsgestaltung und das gute Leben gegründet werden, sondern ist darauf verwiesen, das „universale Recht, anders zu sein“ als „die einzige Universalität, die kein Verhandlungsgegenstand ist“ (Bauman 1992: 312) anzuerkennen. Postmoderne Solidarität kann nicht von der einen Vernunft, der einen Wahrheit ausgehen, sondern besteht im konsequenten Eintreten für das Recht auf Differenz, bei gleichzeitiger Kritik von politischen, ökonomischen und kulturellen Herrschaftsverhältnissen.

Solidarität ist folglich ein recht voraussetzungsvolles Konzept, dessen Realgeschichte zu einer kritischen Klärung der Annahmen zwingt, die zu seiner Begründung beansprucht werden. Seine Faszination resultiert nicht zuletzt aus seinem utopischen Moment, aus der Vorstellung, dass durch solidarisches Handeln zur Entstehung einer Gesellschaft beigetragen werden kann, in der soziale Beziehungen nicht auf Konkurrenz und Ungleichheit, sondern auf Kooperation und gegenseitiger Hilfe unter Gleichrangigen und Gleichberechtigten basieren, die sich in ihrer Verschiedenheit respektieren. Streicht man dieses utopische Moment aus dem Solidaritätsbegriff, dann verliert er seine spezifische Qualität und es ist dann nur noch eine taktische Frage, ob es klüger ist, sich solidarisch oder egoistisch zu verhalten.

Fragmentierungen

Wer ist veranlasst, sich mit wem und gegen wen zu solidarisieren? Einfache Antworten auf diese Fragen, die mit Vorstellungen über eine Gesellschaft operieren,

⁸ Darauf haben insbesondere Hondrich/Koch-Arzberger (1992) hingewiesen.

⁹ Zum Verständnis der Postmoderne-Debatte, wie sie hier in Anspruch genommen wird, siehe Scherr 1991 und 2000.

die eindeutig in Herrschende und Beherrschte, Ausbeutende und Ausgebeutete untergliedert ist, sind nicht tragfähig. Denn moderne Gesellschaften sind durch vielfältige interne Differenzierungen gekennzeichnet, ihr grundlegendes Merkmal ist eine Komplexität, die einfachen Beschreibungen die Grundlage entzieht. Ohne jeden Zweifel lassen sich zwar nach wie vor Interessengegensätze zwischen Lohnarbeit und Kapital bestimmen, an die Appelle an solidarisches Handeln anknüpfen können, aber schon diese Interessengegensätze sind durch vielfältige interne Fragmentierungen gebrochen. Arbeitsbedingungen und Entlohnung unterschieden sich in Abhängigkeit vom Qualifikationsniveau, zwischen den Branchen und Arbeitsmarktsektoren, zwischen Stamm- und Randbelegschaften, klassischen Männer- und Frauenberufen, einzelnen Berufsgruppen, Beschäftigten in Normalarbeitsverhältnissen und in prekären Arbeitsverhältnissen usw. Nicht nur auf einer gesellschaftlichen Ebene, auch auf der Ebene von Organisationen ist eine solche Fragmentierung beobachtbar: Denn moderne Organisationen entsprechen typischerweise keineswegs dem Modell einer Fabrik, in der eine große Zahl von Arbeiter/innen mit gleichen Arbeitsbedingungen und gleicher Bezahlung einer Betriebsleitung gegenüberstehen und in dieser Konstellation gleiche Erfahrungen machen und das gleiche Interesse im Hinblick auf Arbeitszeiten, Arbeitsbedingungen und Entlohnung haben.

Zudem gilt unter Bedingungen fortschreitender Globalisierung, dass Interessengegensätze und Grenzen der Solidarisierungsbereitschaft auch aus Entwicklungsunterschieden der nationalen Ökonomien und Wohlfahrtsstaaten resultieren. Dies wird nicht zuletzt daran deutlich, dass Flüchtlinge, die sich in einer Situation weitgehender Machtlosigkeit vorfinden und deshalb in besondere Weise auf Solidarität angewiesen sind, kaum mit der Unterstützung von Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteien rechnen können. Denn diese verstehen sich zentral als Interessenvertretung im nationalgesellschaftlichen Kontext und nehmen dabei mit guten Gründen an, dass ihre Mitglieder von ihnen die Verteidigung eigener relativer Privilegien erwarten.

Es ist auch keineswegs evident, dass Annahmen über Gemeinsamkeiten und Unterschiede, über Zugehörigkeiten und Interessen, die zu solidarischem Handeln führen können, sich zentral aus der Lage und Stellung im Produktionsprozess ableiten, wie (neo-)marxistisch angenommen wird. Zwar bieten manche Sozialwissenschaftler/innen der Öffentlichkeit, und nicht zuletzt auch den Gewerkschaften, nach wie vor das Bild einer Gesellschaft an, in der eine begrenzte Zahl von Klassenlagen und damit verschränkte Milieus identifiziert werden können. Dabei wird aber weitgehend ausgeklammert, dass in die Wahrnehmung der eigenen Lebenssituation, eigener Zugehörigkeiten (im Plural) und eigener Interessen

auch eine schwer eingrenzbare Zahl anderer Aspekte eingeht, etwa: religiöse und nicht religiöse sowie politisch-weltanschauliche Verortungen, ethnische und/oder nationale Identifikationen oder Distanzierungen, regionale Identifikationen, generationelle Aspekte, z.B. jugendkulturelle Stile, Diskriminierungserfahrungen, familiäre Lebensstile, Interessen für bestimmte Sportarten, Fanidentitäten usw. Darin begründete Gemeinsamkeiten und Unterschiede sind zwar durchaus auch mögliche Ansatzpunkte solidarischen Handelns; sie verweisen jedoch auf die Bedingungen einer sozioökonomisch fragmentierten und soziokulturell pluralisierten Gesellschaft, in der Identifikationen prinzipiell wählbar und kündbar sind. Wer mit wem solidarisch sein kann und soll, das ist folglich keineswegs offenkundig.

Solidarisierung (im politischen Sinn des Begriffs) ergibt sich folglich keineswegs von selbst aus der objektiven Übereinstimmung von Interessen, sondern wird zu einem voraussetzungsvollen Projekt.¹⁰ Im gegenwärtigen postmodernen Kapitalismus ereignet sich Solidarisierung deshalb anlassbezogen und befristet und übersetzt sich keineswegs notwendig in institutionalisierte Formen und stabile Organisationsmitgliedschaften. Es gibt also Gründe für die Annahme, dass die gesellschaftlichen Grundlagen tradierter Konzepte der Organisation von Solidarität brüchig geworden sind.¹¹ Und auch für die Vermutung, dass es nicht weiterführend ist, dies im Stil einer Publikumsbeschimpfung auf die ideologische Verblendung derjenigen zurückzuführen, die durch tradierte Begriffe und Organisationsformen nicht erreicht werden.

Solidarität als humane Fähigkeit

Solidarische Politik orientiert sich an dem Interesse, zur Verminderung menschlichen Leidens beizutragen. Das ist ihr zentrales moralisches Moment. Und dieses moralische Moment unterscheidet Solidarität von einer Interessenvertretung, in der es um je eigene Interessen geht und bei der es eine bloße Frage taktischer Kalküle ist, ob man stärker auf eigene Geschicklichkeit oder auf kollektive Interessenvertretung setzt.

¹⁰ Das war, wie insbesondere Edward P. Thompson und daran anschließend Michael Vester in ihren Kritik der Mythen des Marxismus-Leninismus gezeigt haben, auch historisch nie anders.

¹¹ Dies hängt auch damit zusammen, dass es den etablierten Organisationen schwer fällt, Begriffe, Symbole und Kommunikationsformen zu entwickeln, die den Erfahrungszusammenhängen und Praktiken jüngerer Generationen angemessen sind.

Exemplarisch zeigt sich dies am Fall des gewerkschaftlichen Problems, Arbeitnehmer/innen von den Vorteilen kollektiver Interessenvertretung zu überzeugen sowie Trittbrettfahrerstrategien möglichst zu unterbinden. Dies ist vor dem Hintergrund der skizzierten Überlegungen keineswegs angemessen als Solidaritätsproblem im umfassenden Sinn dieses Begriffs fassbar. Denn gewerkschaftliche Interessenvertretung ist in die Reproduktion höchst ungleicher Arbeits- und Entlohnungsverhältnisse involviert, sie orientiert sich dabei an den partikularen Interessen von Belegschaften und Branchen und geht dabei notwendig Bündnisse mit nationalstaatlicher Sozialpolitik und Kapitalinteressen ein. Dies ist im Rahmen einer Politik, die sich an den innerhalb der vorgefundenen gesellschaftlichen Verhältnissen gegebenen Interessenlagen orientiert, nicht vermeidbar. Die Verschränkung gewerkschaftlicher Interessenvertretung mit nationalstaatlich gebundener Politik und die Abhängigkeit der eigenen Erfolgsaussichten von der Konkurrenzfähigkeit von Unternehmen führt faktisch zu einer Entmoralisierung gewerkschaftlicher Politik: Sie orientiert sich primär an den fraktionierten Kollektivinteressen ihrer Mitglieder und nur nachrangig an Erfordernissen eines solidarischen Zusammenlebens unter Bedingungen gravierender weltweiter Ungleichheiten. Konkreter formuliert: Nicht das Elend in weiten Teilen der Welt, sondern die Interessen von Arbeitnehmer/innen in einem vergleichsweise hoch privilegierten Land stehen im Zentrum der Politik deutscher Gewerkschaften. Selbst die Lage der Illegalisierten und der geduldeten Flüchtlinge in Deutschland, und damit derjenigen, die am stärksten auf solidarische Unterstützung angewiesen sind, findet in gewerkschaftlicher Politik nur wenig Berücksichtigung. Ähnliches gilt für die politische Interessenartikulation durch Parteien: Es geht dort immer primär um die Interessen der eigenen potenziellen Wähler/innen, also von Staatsbürger/innen, deren Interessen eng mit den Strukturen globaler Ungleichheiten verschränkt sind.

Demgegenüber ist eine kritische Rückbesinnung auf das universalistische Moment von Solidarität einzufordern. Solidarität wäre dann zu denken als die humane „Fähigkeit, auch Menschen, die himmelweit verschieden von uns sind, doch zu ‘uns’ zu zählen“ (Rorty 1989: 310). Denn nur dann kann die Beanspruchung von Solidarität als Motiv des eigenen politischen Handelns Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen. Grundlage für die Entfaltung dieser Fähigkeit sind moralische Lernprozesse, in denen sich die moralische Überzeugung, dass den Gemeinsamkeiten aller Menschen größere Bedeutung zukommen sollen als den Unterschieden, die partikulare Identifikationen und Abgrenzungen ermöglichen.

Damit ist emanzipatorische Theoriebildung und Praxis vor die Herausforderung gestellt, das widersprüchliche Verhältnis von Moral und Interessen immer

wieder erneut in den Blick zu nehmen und auszuhalten, dieses weder in gruppenegoistische Interessenkalküle noch in einen abstrakten Moralismus aufzulösen, der den partikularen Interessen sozialer Akteure/innen jede Berechtigung bestreitet. Ältere Versuche, dieses Spannungsverhältnis aufzulösen, sind gescheitert und überzeugende neue nicht in Sicht. Was bleibt, sind Balanceakte und prekäre Kompromissbildungen.

Literatur

- Bauman, Zygmunt (1992): *Moderne und Ambivalenz*. Hamburg: Hamburger Edition
- Billmann, Lucie/Held, Josef (Hrsg.): *Solidarität in der Krise. Gesellschaftliche, soziale und individuelle Voraussetzungen solidarischer Praxis*. Wiesbaden: Springer VS
- Bröckling, Ulrich (2007): *Das unternehmerische Selbst*. Frankfurt: Suhrkamp
- Durkheim, Émile (1930/1977): *Über die Teilung der sozialen Arbeit*. Frankfurt: Suhrkamp
- Hondrich, Karl Otto/Koch-Arzberger, Claudia (1992): *Solidarität in der modernen Gesellschaft*. Frankfurt: Suhrkamp
- zur Lippe, Rudolf (1975): *Bürgerliche Subjektivität: Autonomie als Selbsterstörung*. Frankfurt: Suhrkamp
- Lyotard, Jean-François (2012): *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. 7. Auflage. Wien: Passagen Verlag
- Neuendorff, Harmut (1973): *Der Begriff des Interesses*. Frankfurt: Suhrkamp
- Rorty, Richard (1988): *Kontingenz, Ironie, Solidarität*. Frankfurt: Suhrkamp
- Sayer, Andrew (2011): *Why Things Matter to People*. Cambridge University Press
- Scherr, Albert (1984): *Strukturelle Bedingungen und alltagskulturelle Formen individueller Reproduktion*. München: Profil
- (1991): *Das Projekt Postmoderne und die pädagogische Aktualität kritischer Theorie*. In: W. Marotzki & H. Sünker (Hg.): *Kritische Erziehungswissenschaft – Moderne – Postmoderne*. Band I. Weinheim: Deutscher Studienverlag 1991, S. 101-151
- (2000): *Moderne – Postmoderne – Individualisierung. Eine Auseinandersetzung mit dem Individualisierungstheorem in der Perspektive eines kritischen Postmodernismus*. In: T. Kron (Hrsg.): *Individualisierung und soziologische Theorie*. Opladen: Westdeutscher Verlag 2000, S. 185-202

*Albert Scherr, Pädagogische Hochschule Freiburg, Institut für Soziologie,
Kunzenweg 21, 79117 Freiburg
E-Mail: scherr@ph-freiburg.de*